

# FPÖ INFO

Ausgabe  
2/2021

Österreichische  
Post AG · SP  
05Z036406 S ·  
1010 Wien

## Liebe Mitglieder!

Die letzten Tage waren auch abseits der Corona-Thematik politisch sehr bewegend. Die SPÖ versinkt mit dem Donaustädter Bezirksvorsteher Nevriwy im Korruptionssumpf.

In gewohnter Manier berichten die heimischen Medien nur sehr spärlich über diesen aktuellen Skandal - wie immer, wenn es sich um Vorkommnisse handelt, die die SPÖ betreffen. Das schmälert aber keinesfalls die Tragweite des möglicherweise auch strafrechtlich relevanten Handelns Nevriwys.

Als SPÖ-Bezirksvorsteher hat er ein streng vertrauliches Dokument an den damaligen Wienwert Geschäftsführer weitergegeben. Dieser konnte in Folge aufgrund der Nevriwy-Insiderinfos einen Megadeal landen. Die Wiener Steuerzahler wurden um mindestens 800.000 Euro geprellt.

Im Raum steht auch der Verdacht, dass Nevriwy für dieses Weitergeben von streng vertraulichen Informationen Gegenleistungen bekommen hat.

So wird in der „Kronen-Zeitung“ gemutmaßt, dass Vorsteher Nevriwy im Gegenzug Fußball-Einladungen und ein 30.000-Euro-Sponsoring für eine Musikband lukriert haben könnte. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Bestechlichkeit, Untreue und Amtsmissbrauch.

Als FPÖ haben wir diesen Skandal aufgezeigt und konnten auch bereits Beweise vorlegen, die untermauern, dass als vertraulich eingestufte Informationen von Nevriwy weitergeben wurden. Die SPÖ versucht nun diesen Fall auszusitzen und meldet sich nicht zu Wort.

Doch wir werden nicht lockerlassen, sondern fordern den sofortigen Rücktritt des Donaustädter Bezirksvorstehers. Zudem unterstreicht diese Causa die Notwendigkeit einer Untersuchungskommission. Wir werden genau beleuchten, wieviel Schaden dem Steuerzahler entstanden ist und ob es weitere, ähnlich gelagerte Fälle gibt.

Als FPÖ nehmen wir unseren Wählerauftrag ernst und werden diesen Wiener Korruptionssumpf Stück für Stück trockenlegen. Das Steuergeld der Wiener ist kein Selbstbedienungsladen für rote Bonzen!

Euer

  
**Stadtrat Dominik Nepp**  
FPÖ-Landesparteiohmann



## Wussten Sie, dass ...

... die Zahl der Übernachtungen in Wien 2020 um 75 Prozent eingebrochen ist? Das alleine ist ein Verlust von rund 1,4 Milliarden Euro!

## Bleib' auch Digital stets informiert

 [instagram.com/fpoe\\_wien](https://www.instagram.com/fpoe_wien)

 [facebook.com/fpoewien](https://www.facebook.com/fpoewien)

 Internet [www.fpoe-wien.at](http://www.fpoe-wien.at)



Impressum:  
Freiheitliche Partei  
Österreichs (FPÖ),  
Landesgruppe Wien,  
Rathausplatz 8, 1010 Wien,  
Erscheinungsort: Wien,  
Verlagspostamt: 1010 Wien,  
Verlags- und  
Herstellungsort: Wien  
Österreichische Post AG/SP  
05Z036406 S

SPÖ-GESUNDHEITSSTADTRAT HACKER

## Das Chaos im Ressort wird täglich größer

**Obwohl Corona derzeit alles überschattet, häufen sich die Fehler im Gesundheits- und Sozialressort von Stadtrat Hacker. Der wortgewaltige Stadtrat hat in seinen beiden Verantwortungsbereichen – auch abseits von Corona – mehr Baustellen als die STRABAG.**

Kurz vor Weihnachten im Zuge der Budgetdiskussion, waren es wir Freiheitlichen, die Hackers Zahlenchaos schonungslos aufgedeckt haben. In Teilen seiner Unterlagen hat man halt eben auf 6 Nullen (wie einst Finanzminister Blümel) vergessen. Hätten wir Freiheitlichen nicht auf diesen Missstand hingewiesen, wäre es vermut-



**Wolfgang Seidl**  
Gesundheitssprecher FPÖ-Wien

### Pleiten, Pech und Pannen...

Bei den aufgewendeten Mitteln für die Test- und Impfstraßen in Wien wurde – nicht verwunderlich – der roteingefärbte ASB (Arbeiter-Samariter-Bund) mit dutzenden Millionen Euro OHNE Ausschreibung bedient. Darauf angesprochen, warum hier keine Ausschreibung stattgefunden hat, herrschte plötzlich lautes Schweigen (auch seitens der selbsternannten Transparenzpartei NEOS!!)



lich nicht einmal mehr möglich gewesen, die in Wien arbeitenden Pfleger oder Krankenschwester zu bezahlen. Hackers lapidare Entschuldigung erfolgte mit den Worten: „Sorry, ist halt passiert.“ Es stellt sich die Frage, ob keiner seiner zahlreichen engen Mitarbeiter sinnerfassend lesen kann?



### Privilegierte Impfdrängler

Wie vor kurzem öffentlich gemacht wurde gibt es auch in Wien sogenannte „Impfdrängler“ – allen voran der Präsident der israelitischen Kultusgemeinde, Oskar Deutsch, oder der Präsident der Caritas, Michael Landau oder auch der Generaldirektor Stellvertreter des Wiener Gesundheitsverbundes, Herwig Wetzlinger. Alle diese Herrschaften haben bis heute kein Problem damit, dass dutzende hochbetagte Senioren, die absolute Prioritätenstellungen haben, wieder ungeimpft nach Hause gehen mussten, weil im Wiener Gesundheitsverbund wieder einmal geschlampt wurde. Bei den von uns eingebrachten Anfragen, wer denn aus der Wiener Promi- und Schickeriaszene bereits geimpft wurde, beruft man sich (eh klar) auf den „Datenschutz“.

BITTE WARTEN:

### Warten auf Reform des Gesundheitsverbundes

Der vor mittlerweile zwei Jahren noch groß angekündigte Reformschritt beim Wiener Gesundheitsverbund (ehemals KAV) wurde noch nicht einmal begonnen.

Und noch immer warten die Wiener auf die Endabrechnung zum Milliardengrab KH Nord. Wir Freiheitlichen haben dazu in der letzten Gemeinderatssitzung eine Anfrage eingebracht und warten gespannt auf die Antwort.



# Wie sich die Welten gleichen ...

Abgeordneter zum Bundesrat **DR. JOHANNES HÜBNER**

**Fast hätte man in den letzten Monaten glauben können, der US Präsident wird in Europa gewählt. Einen intensiveren Wahlkampf als den gegen Trump geführten findet man im weitgehend synchronisierten europäischen „Medienmainstream“ sonst kaum.**

Jetzt ist, zumindest medial, die Welt wieder in Ordnung. Auch die amerikanische Welt kann wieder voller Elan für das „Klima“, die illegale und legale Masseneinwanderung, die LGBT-Anliegen sowie gegen die „Pandemie“, alltäglichen Rassismus und die Diskriminierung der Frau kämpfen. Sogar der drohende Abzug von 12.000 US Besatzungssoldaten aus Deutschland ist – sehr zur Erleichterung der dortigen politischen und me-



dialen Nomenklatura – abgewendet. (Die militärische Bedrohungslage durch die aggressiven Nachbarn (wie Dänemark, Luxemburg, Österreich...) muss sich für die kleine, arme Bundesrepublik Deutschland sehr zugespitzt haben).

## Gelebte politische Zensur

Im Interesse von „Pluralismus, Meinungsfreiheit und den bunten, liberalen und offenen Prinzipien der westlichen Wertegesellschaft“ haben die drei US amerikanischen Beherrscher des weltweiten Informationsflusses (Google, Facebook und Twitter) gleich die politische Zensur eingeführt und den Altpäsidenten Trump, seine treuesten Anhänger und diverse andere „Hetzer“ durch Sperre ihrer „Zugänge“ von der öffentlichen Wahrnehmung ausgeschlossen. Wie das in Metternichs „Karlsbader Beschlüssen“ von 1819 so schön begründet worden wäre: „Um die Demagogen von der Verwirrung, Verhetzung und Fehlleitung des Volkes abzuhalten...“

In den „liberalen“ Medien des kleinen Österreichs ist der Jubel über all dies unüberhörbar. „Coronaleugner“ und - Jubel, Jubel! – Herbert Kickl, der bei weitem gefährlichste Oppositionspolitiker des Landes, wurden von der US Plattform YouTube abgeschaltet und gelöscht. Wenn nach den letzten Umfragen bereits 30 Prozent der Österreicher Kickls Sicht der Dinge teilen und ihn für den glaubwürdigsten Politiker des Landes halten, war wirklich Handlungsbedarf gegeben.

Eine Welt, in der drei amerikanische Oligarchen bestimmen, welche Gedanken noch verbreitet werden dürfen, scheint auch für die hiesigen Eliten „die beste aller möglichen“ zu sein.



CHAOS-MINDESTSICHERUNG

## 55 Prozent keine Österreicher

Bei der Mindestsicherung herrscht – wenig verwunderlich – noch immer ein Chaos der Sonderklasse. Mittlerweile sind mehr als 55 % der Bezieher der Wiener Mindestsicherung keine österreichischen Staatsbürger – Tendenz weiterhin steigend! Die jährlichen Kosten dafür nähern sich mit großen Schritten der Milliardengrenze. Auch ist Wien das einzige Bundesland, das selbst rechtskräftig abzuschiebenden Personen noch Geldgeschenke gibt. Dieser Wahnsinn kann nur mit konsequenter Arbeit durch uns Freiheitliche beendet werden.

### **Wolfgang Seidl**

Gemeinderats- und Landtagsabgeordneter  
Gesundheitssprecher FPÖ-Wien



# SPÖ und NEOS stoppen Verkauf von Kleingärten

Gemeinderats- & Landtagsabgeordneter **MAG. DIETBERT KOWARIK**

**Seit 1993 ermöglicht die Stadt Wien den Unterpächtern von städtischen Kleingartenparzellen, diese – oft um einen günstigen Preis – zu kaufen und damit als Eigentümer der Liegenschaft und des darauf errichteten Hauses seine Investitionen abzusichern.**

Diese seit Jahrzehnten geübte Praxis hat nunmehr ein überraschendes Ende gefunden. In der letzten Wohnbauausschuss-Sitzung hat die Koalition aus SPÖ und NEOS unter Zustimmung der Grünen einen entsprechenden Beschluss gefasst.



Aus Sicht der Freiheitlichen ist diese Vorgangsweise aus mehreren Gründen abzulehnen: Einerseits hat die rot-pinke Koalition die potentiellen Erwerber (und nicht nur diese...) in einer Nacht-und-Nebel-Aktion mit ihrer Entscheidung überrascht. Wohl gibt es Übergangsfristen und Ausnahmen von der neuen Regelung, diese sind aber ungenügend und für längerfristige Planungen der Kleingärtner unbrauchbar. Außerdem könnte die zweifellos bestehende Gefahr, dass einzelne Objekte als Spekulationsobjekte missbraucht



werden, durch andere Möglichkeiten verhindert werden: Die auch in Wien im Bereich der Gründe des Stiftes Klosterneuburg gelebte Praxis der Baurechtseinräumung oder die Ausgestaltung der Verkaufsverträge mit umfassenderen Besserungsklauseln im Falle des Weiterverkaufes wurden offensichtlich nicht angedacht. Dass die aus eigener Anschauung nach sozialistisch geprägten Parteien SPÖ und Grüne dieser Vorgangsweise etwas abgewinnen können, ist gewissermaßen nachvollziehbar.

Die von der Vertreterin der NEOS im Ausschuss verkündete Jubelstimmung dieser angeblich liberalen Partei ist jedoch entlarvend – das bürgerlich liberale Selbstverständnis von privatem Eigentum interessiert die NEOS offenbar nicht. Vielmehr zeigt die bisherige Regierungsbeteiligung der NEOS in Wien, dass diese die Grünen tatsächlich links überholen (wollen).

Schade für all jene, die ihr hart erarbeitetes Kleingartenhaus und die von ihnen jahrelang liebevoll gepflegten Gärten auch als Eigentümer innehaben wollen.

Die freiheitliche Rathausfraktion wird in der nächsten Gemeinderatsitzung die Absetzung des entsprechenden Geschäftsstückes von der Tagesordnung beantragen und die aus unserer Sicht vernünftigeren Lösungen präsentieren.